



**Jens Maier**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Offener Brief an die Evangelische Landeskirche in Dresden, Juli 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem offenen Brief wende ich mich an alle Pastorinnen und Pastoren, Diakoninnen und Diakone, Gemeindevorstände und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Evangelischen Landeskirche in Dresden. Wie wir jüngst anlässlich des Evangelischen Kirchentages in Dortmund miterleben durften, zu dem kein einziger Vertreter der AfD eingeladen war, scheint die evangelische Kirche immer mehr unter den Einfluss linker Ideologen zu geraten und lässt sich politisch einseitig instrumentalisieren. Vollmundig erklärte der Präsident des 37. Kirchentags, der Journalist Hans Leyendecker, bereits in der Planungsphase: "Wir laden diesmal in Dortmund keinen Repräsentanten der AfD auf die Bühne, weil inzwischen eine Verbrüderung mit Rechtsextremisten stattgefunden hat."

Der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm mit nachfolgender Unterstützung von Frau Göring-Eckard (GRÜNE) verteidigte diese Entscheidung im *SWR*: Menschen, die der AfD nahe stünden, seien jederzeit willkommen. Hetze aber dürfe auf öffentlichen Podien kein Forum haben. Spitzenvertreter der AfD hätten sich nach den Vorfällen von Chemnitz radikalisiert. Gerade auch nach dem jüngsten Fall des getöteten Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, sei es spätestens jetzt "fällig, dass die AfD ihr Verhältnis zu Rechtsextremismus klärt".

Unabhängig davon, dass es eine angebliche Radikalisierung der AfD im Zusammenhang mit den sog. Vorfällen von Chemnitz (gemeint sind wohl die erfundenen Hetzjagden) nicht gegeben hat, erscheint es schon als außerordentlich dreist, die AfD mit dem bis heute ungeklärten Mord an Herrn Lübcke in Verbindung zu bringen und dann noch zu behaupten, man wolle der „Hetze“ keinen Raum geben. Bei den Äußerungen von Herrn Bedford-Strohm müsste man wohl zutreffender von „Gegen-Hetze“ reden, die man verhindern wollte.

Es gibt eine ganze Reihe weiterer Beispiele für die einseitige politische Meinungsmache innerhalb der evangelischen Kirche. So behauptet die EKD in einem unter dem Titel *„Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung“* veröffentlichtem Papier (auf Seite 24): „Populistische Politikmuster (...) stehen dem gesellschaftlichen und politischen Pluralismus grundsätzlich kritisch gegenüber. Mit dem Rekurs auf einen vermeintlichen Volkswillen, dem die politische Willensbildung zu folgen habe, nutzen und unterlaufen sie zugleich die komplexen Verfahren der Aushandlung von Kompromissen, der Machtbegrenzung und Gewaltenteilung.“

Noch einen Schritt weiter geht die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, die eine eigene *„Orientierungshilfe für Kirchengemeindevorstände zum Umgang mit Rechtspopulismus“* herausgegeben hat. Hierin gibt sie eine Anleitung dazu, die Kirchengemeindevorstände über den Sinn und Zweck einzelner Vorschriften derart auszuweiten, dass Personen, die sich unter anderem „ausgrenzend“ oder „islamfeindlich“ äußern oder verhalten, die Eignung zur Bekleidung eines Amtes im Kirchengemeindevorstand abgesprochen wird. Geradezu beschämend ist der Umstand, dass dieses Papier aus den Attributen „ausgrenzend“, „islamfeindlich“ oder „sich gegen die ungestörte Religionsausübung aussprechend“ schlussfolgert, eine Zielperson sei nicht frei von „unkirchlichen Bindungen“. Eine Steigerung wäre wohl nur noch in der Weise möglich, die Mitglieder von Kirchengemeinden zu verpflichten, aktiv Minarette in Deutschland zu bauen, um ihre *kirchliche Bindung* unter Beweis zu stellen.

Die evangelische Kirche mit ihrer großen Tradition lässt sich zunehmend in einer Weise tagespolitisch einbinden, dass der Verdacht aufkommt, sie selbst sei zu einer Art Unterabteilung der Grünen und/oder

SPD geworden. Betrachten wir beispielhaft die Strafnorm des § 219a Strafgesetzbuch (StGB). Diese Norm stellt das Anbieten, die Ankündigung oder die Anpreisung eines Schwangerschaftsabbruchs unter Strafe. Vielleicht sollte man an dieser Stelle in Erinnerung rufen, dass einzig und allein die AfD es war, die einer Streichung des §219a StGB im Bundestag eine klare Absage erteilt hat und sich damit in vollem Umfange hinter den (eher unzureichenden) Schutz des ungeborenen Lebens gestellt hat. Genau diese Streichung des § 219a StGB war es, die Grüne, Linke, SPD und später auch FDP gefordert haben. Für die AfD ist der Schutz des ungeborenen Lebens nicht verhandelbar. In einer meiner Plenarreden hierzu habe ich darauf hingewiesen, dass wir es sind, die die Liebe zum Eigenen kultivieren und dies die Liebe zum ungeborenen Leben miteinschließt. Hierfür habe ich aus der Zivilbevölkerung, vor allem von christlichen Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes eine ganze Reihe von Dankesbekundungen und Unterstützungszuschriften erhalten. Die JUSOS haben demgegenüber auf ihrem Bundeskongress im Dezember letzten Jahres den gesamten Schutz des ungeborenen Lebens zur Disposition gestellt und beschlossen u.a. sogar, eine Abschaffung des § 218 StGB herbeiführen zu wollen. Somit wäre nach ihren Vorstellungen ein Schwangerschaftsabbruch bis in den 9. Schwangerschaftsmonat, kurz vor Beginn des Geburtsvorganges, straflos zulässig.

Was haben Sie mit den Funktionären aus den Reihen der Grünen, der SPD und der Linken gemeinsam?

Die AfD stellt sich unumwunden gegen eine zunehmende Islamisierung Deutschlands und setzt sich energisch für die Rechte der verfolgten Christen im Ausland und jetzt auch im Inland ein.

Herr Bedford-Strohm legte demgegenüber beim Besuch am Jerusalemer Tempelberg und an der Klagemauer im Oktober 2016 auf Bitten der dortigen Geistlichen sein Amtskreuz ab. Das konnte und kann auch heute noch von jedem vernünftig denkenden Menschen nur als Unterwerfungsgeste und Schwäche im Glauben bewertet werden. Gottes Sohn, unser aller Vorbild, ist niemals auch nur einen Millimeter zurückgewichen. „Ich bin der Weg und die Wahrheit und das Leben; niemand kommt zum Vater denn durch mich“ (**Johannes Kap. 14, Vers 6**). Da kann es auch im Auftreten nach Außen keinen Kompromiss geben. Da muss man zu dem stehen, wer man ist. Da muss man Haltung im Glauben zeigen. Sich darauf zurückzuziehen, man sei ja doch noch durch die Amtstracht als Christ zu erkennen gewesen, ist nichts anderes als eine feige Ausrede. Unterwerfung sollte man nicht mit Respekt verwechseln.

Unter der Leitung des derzeit amtierenden Vorstandes der EKD entfernt sich die Evangelische Kirche immer mehr von dem was sie sein sollte, nämlich eine Organisationsform gläubiger Christen, die ihren eigenen und auch gemeinsamen Weg zu Gottes Nähe suchen. Die Evangelische Kirche wird stattdessen mehr und mehr zu einer rein weltlichen Kraft im politisch linken Lager.

Politische Forderungen linker Globalisten werden in die Bibelsprache übersetzt und am Sonntag im Gottesdienst unter die Gemeindemitglieder gebracht. Das nenne ich religiös verbrämte Propaganda.

Die Wahrheit ist: die AfD ist momentan die einzige politische Kraft in Deutschland, die sich unumwunden zum Christentum bekennt und dieses in Deutschland und darüber hinaus verteidigt. Wir sind diejenigen, die im Fraktionssaal im Reichstag ein Holzkreuz an der Wand haben.

Ich frage Sie daher: Soll das mit dem Ausgrenzen der AfD und ihrer Funktionäre und Mandatsträger so weiter gehen? Sind Sie der Meinung, dass das der richtige Weg ist? Sollte nicht einmal grundsätzlich überdacht werden, welche Rolle die Evangelische Kirche im politischen Raum spielen sollte?

Immer mehr Gemeindemitglieder hier in Dresden, die uns nahestehen, stellen sich die Frage, ob sie noch in der Evangelischen Kirche verbleiben sollen. Was soll ich denen sagen?

Mit freundlichen Grüßen

Jens Maier, MdB